

Wolfgang Jäger

**Das Frankreich-Zentrum und die Modernisierung der
Universität Freiburg**

**Vortrag aus Anlass des dreißigjährigen Jubiläums des
Frankreich-Zentrums am 02.12.2019**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im August bat mich der Vorsitzende des Frankreich-Zentrums, Herr Prof. Jacob, bei der Feier zum dreißigjährigen Bestehen des Frankreich-Zentrums einen „kleinen Rückblick“ zu geben. Unversehens wurde daraus der Wunsch nach einer Festansprache. Ich nutze die Erweiterung des Themas, um die Gründung des Frankreich-Zentrums in den Modernisierungsprozess unserer Universität einzuordnen.

Vom Romanisten-Kongress in Freiburg im September 1987, der den Anstoß zur Gründung des Frankreich-Zentrums gab, bis zur feierlichen Eröffnung am 30. Oktober 1989 dauerte es nur gut zwei Jahre – eine erstaunlich kurze Zeit, wenn man bedenkt, wie viele Gremien und Akteure in Freiburg und Stuttgart damit befasst waren. Diese Beobachtung macht neugierig auf die Frage nach den Triebkräften der universitären Innovation.

Zunächst zur hochschulpolitischen Lage: Die Geisteswissenschaften befanden sich in einer Krise, damit meine ich nicht den von Hans Ulrich Gumbrecht in einem Festbeitrag 2015 bei der Hochschulrektorenkonferenz-Jahresversammlung beschriebenen Krisendiskurs der Geisteswissenschaften, die er für das ganze 20. Jahrhundert feststellte, und der dazu beigetragen haben soll, „sie am Leben zu erhalten“. Es ging in den siebziger und achtziger Jahren ganz konkret um Überlegungen der Politik, die Zahl der geisteswissenschaftlichen Studierenden zu reduzieren. Ministerpräsident Lothar Späth sprach gerne von den „Diskussionswissenschaften“ oder gar „Palaverwissenschaften“. Die geisteswissenschaftlichen Absolventen hatten große Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Hinzukam, dass man damals ohnehin mit einem deutlichen Rückgang der Studierenden rechnete.

Dass in dieser Situation die Gefahr der Stellenstreichung oder der Umschichtung von geistes- zu naturwissenschaftlichen Professuren bestand, musste die Universität schmerzlich erfahren. Hans-Martin Gauger erinnerte 2009 in seinem Rückblick auf die Gründung des Frankreich-Zentrums daran. Vor dem Gründungsprozess war nämlich der berühmte Romanistik-Lehrstuhl von Hugo Friedrich nach dem Tode seines Nachfolgers Erich Köhler im laufenden Wiederbesetzungsverfahren vom Wissenschaftsministerium in einen Lehrstuhl der Physik der Polymere umgewidmet worden.

Und doch stand die Politik Pate bei der Gründung des geisteswissenschaftlichen Projekts Frankreich-Zentrum. Oder: Am Anfang war Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und – mindestens genauso wichtig – seit 1987 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Elysée-Vertrags. Im September 1987 fand in Freiburg der Romanisten-Kongress statt. Bei dieser Gelegenheit forderte der ein Grußwort sprechende Ministerpräsident eine stärker praxisorientierte Ausbildung der Philologien. Der Vorsitzende des Romanistenverbandes Prof. Fritz Nies nahm dies auf und schlug die Gründung eines Zentrums für Südwesteuropa an einer der baden-württembergischen Universitäten vor.

Seit dem 1. Oktober 1987 amtierte an unserer Universität das Rektorat von Christoph Rüchardt. Ich selbst war Prorektor, brachte in einer der ersten Sitzungen des neuen Rektorats das Thema „Zentrum für Südwesteuropa“ zur Sprache und wurde beauftragt, Kontakt mit dem Romanischen Seminar aufzunehmen. Wir wollten mit Frankreich beginnen. Ich rief Prof. Wolfgang Raible an, der als Gründer und Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Übergänge und Spannungsfelder zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit“ (1985) sehr viele Erfahrungen mit Interdisziplinarität in den Geisteswissenschaften hatte. Er empfahl mir, mich an seinen Kollegen Joseph Jurt zu wenden, was ich umgehend tat.

Ich bat ihn, ein Papier für ein Frankreich-Zentrum zu entwickeln, das die in den unterschiedlichen Disziplinen und Fakultäten vorhandenen Frankreich-Kompetenzen bündelte.

Joseph Jurt leistete in kürzester Zeit großartige Arbeit. Er leitete eine Projekt-Gruppe, die in mehreren Sitzungen ein Memorandum für ein Frankreich-Zentrum verabschiedete, das den Entscheidungen der Gremien der Universität, des Staatsministeriums und des Wissenschaftsministeriums zugrunde lag.

Die Landesregierung hatte im November 1986 eine externe Forschungskommission eingerichtet, die über die Forschungsschwerpunkte der Landesuniversitäten bis zum Jahre 2000 Empfehlungen geben sollte. Schon am 14. Dezember 1987, also drei Monate nach dem Romanisten Kongress, gab die Universität eine Planungsunterlage ab, die das Konzept eines „Zentrums für Frankreichforschung“ der Rechtswissenschaftlichen, Wirtschaftswissenschaftlichen und vier Philosophischen Fakultäten (in dieser Reihenfolge) enthielt. Das Zentrum sollte den „Rahmen für kooperative Forschungsprojekte“ bilden und einen „integrativen Studiengang“ einrichten. Interessant ist angesichts der Absicht, mit französischen Universitäten zusammenzuarbeiten, die Bemerkung, dass in Frankreich eine interdisziplinäre Betrachtungsweise „wegen der noch größeren Spezialisierung“ fehle.

Die hochschulpolitische Situation der damaligen Zeit wird in den ersten Sätzen der allgemeinen Überlegungen zur „Forschung Baden-Württemberg 2000“ deutlich: „Das Abschwellen der Studentenzahlen wird die Universität von der Überlast zur Normalität zurückführen. Zuallererst bedeutet dies die Chance der Qualitätssteigerung ... Diese Chance kann von der Universität aber nur dann auch wahrgenommen werden, wenn mit sinkenden Studentenzahlen keine weiteren Stellenstreichungen einhergehen ...“

Nun ging es Schlag auf Schlag. Die Projektgruppe unter der Federführung von Joseph Jurt arbeitete das Memorandum aus. Auf seiner Grundlage fasste der Senat der Universität am 10. Februar 1988 einen Grundsatzbeschluss zur „Bildung eines Zentrums für Frankreichforschung als zentrale Einrichtung der Universität“. Eine endgültige Entscheidung behielt sich der Senat vor. Aus der Perspektive des universitären Modernisierungsprozesses war die Diskussion im Senat interessant. Es wurden nämlich Bedenken laut, dass durch die Bildung von Zentren „die Struktur der Universität mit der Aufteilung von Fakultäten langfristig aufgelöst“ werde und die „Energie in zu vielen übergreifenden Projekten verbraucht“ werde.

Zwei Tage später (12.02.1988) fand ein Gespräch im Staatsministerium in Stuttgart statt, an dem der Rektor, ich selbst als Prorektor und Prof. Bullinger teilnahmen. Im Sinne des Ministerpräsidenten wurde unser Projekt begrüßt.

Einen besonderen Akzent setzten die Beamten auf den Aktualitätsbezug des Frankreich-Zentrums. Sie erwarteten Serviceleistungen; beispielsweise sei es schwierig, über das Sozialversicherungssystem in Frankreich Informationen zu bekommen. Ein Forschungszentrum und ein Studiengang sollten gleichzeitig entwickelt werden.

Auch im Staatsministerium dürfte das 1986 vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Prognos-Gutachten bekannt gewesen sein, das offenbarte, dass es vielen deutschen in Frankreich tätigen Managern an Kenntnissen der Kultur des Nachbarlandes mangle. Der deutsche Manager konnte etwa beim Essen mit den französischen Kollegen schwerlich mit seinen Literaturkenntnissen glänzen.

Sechs Tage nach dem Gespräch im Staatsministerium, also acht Tage nach dem Senatsbeschluss, erhielt der Rektor ein Schreiben von Ministerpräsident Späth, interessanterweise mit dem Briefkopf „Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit“. Darin begrüßte er das geplante „Zentrum für Frankreich-Forschung“ außerordentlich.

Er hielt es für erforderlich, „dass für die technische, wirtschaftliche, administrative, nicht zuletzt natürlich die kulturelle Zusammenarbeit Experten herangebildet werden, deren frankreichkundliches Wissen den Zugang zum Partnerland und somit die Intensivierung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten ermöglicht oder erleichtert.“ Späth verwies auch auf die Chancen des Studienangebots für Philologen auf dem Arbeitsmarkt und beendete sein Schreiben mit der Bemerkung, dass die Landesregierung auch eine längerfristige „ins Auge gefasste Erweiterung des Zentrums zu einem Südwesteuropa-Institut“ mit Wohlwollen prüfen werde.

Rektor und Prorektor gaben die Stuttgarter Anliegen am 29. Februar 1988 den Mitgliedern der Projektgruppe und anderen Fakultätsvertretern weiter. Eine große Anzahl von Projekten wurde definiert, darunter für „grenzüberschreitenden Umweltschutz“. Es wurden Ansprechpartner benannt, auch für die Einrichtung eines Studiengangs und den Bereich der Serviceleistungen. Besonders hilfreich waren die Empfehlungen der Kommission „Forschung Baden-Württemberg 2000“ vom Mai 1988.

Die folgenden Monate waren gekennzeichnet durch rege Aktivitäten der Projektgruppe, der Fakultäten, der Verwaltung und der Gremien sowie ein fleißiger Briefwechsel zwischen Stuttgart und dem Rektorat.

Dabei ging es vor allem um die Konkretisierung der Aufgaben der Gremien, um Satzungen, Studienordnungen nicht zuletzt um die Finanzen des geplanten Zentrums.

Die Durchsicht der im Rektorat vorhandenen Akten vermittelt einen gemischten Eindruck universitärer Willensbildung: So wenn ein Professor meinte, an den Gremien vorbei mit dem Ministerium kommunizieren zu müssen, oder wenn der Kanzler mit einem „privatdienstlichen“ Schreiben an den zuständigen Ministerialrat im Ministerium hinter dem Rücken des Rektorats vom Prorektor vorgetragene finanzielle Zusatzaufwendungen zu relativieren versuchte.

Am Erfolg des Projekts änderte all dies nichts. Die Ministerialbürokratie stand diesem unter dem Schirm des Ministerpräsidenten äußerst wohlwollend gegenüber. Auf der universitären Seite wurde im Juni 1988 ein kommissarischer Vorstand eingesetzt: Prof. Brink aus der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Bullinger aus der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und die Professoren Gauger und Jurt aus der Philosophischen Fakultät II. Prof. Brink wurde zum Koordinator und Sprecher bestellt.

Mancher mag sich gefragt haben, warum der nicht sehr Frankreich-affine Prof. Brink zum Sprecher bestimmt wurde. Die Antwort ist einfach. Es sollte kein Romanist sein, um die Interdisziplinarität und die Beteiligung nicht-philologischer Disziplinen unter Beweis zu stellen.

Im Übrigen war Brink Management-Experte. Wie relevant diese Interdisziplinarität war, sollte sich später noch erweisen. Der allzu früh verstorbene Hans-Josef Brink ist heute als einer der frühen Akteure des Frankreichs-Zentrums fast vergessen. Die Akten zeigen, dass er eine sehr wichtige Rolle insbesondere als Brücke ins Rektorat spielte.

Am 18. Januar 1989 fasste dann der Senat den offiziellen Beschluss über das Frankreich-Zentrum als zentrale Einrichtung der Universität und fünf Tage später erließ der Verwaltungsrat eine Verwaltungs- und Benutzungsordnung (23.01.1989). Der Ministerrat in Stuttgart gab am 17. April 1989 dem Frankreich-Zentrum seine Zustimmung, sodass das Ministerium für Wissenschaft und Kunst am 11. Mai 1989 seine Einwilligung geben konnte, aber mit dem Auftrag des Kabinetts, 1992 das Zentrum begutachten zu lassen. Erst dann sollte über „die endgültige Ausstattung des Zentrums an Stellen und Mitteln“ entschieden werden. Vorerst wurden Mittel in Höhe von 1,2 Mio. DM jährlich bewilligt.

Der feierlichen Eröffnung des Frankreich-Zentrums stand nun nichts mehr entgegen. Sie fand am 30./31. Oktober 1989 statt. Festredner war Golo Mann, der in einem brechend vollen Auditorium maximum über Charles de Gaulle sprach. Teilnehmer an einem Symposium waren Pierre Bourdieu, Alfred Grosser, Wolfgang Kartte (Präsident des Bundeskartellamtes) und Karlheinz Stierle.

Rektor Rüchardt nannte in seiner Eröffnungs-Ansprache die wesentlichen Akteure des Zentrums. Ich erlaube mir, diesen Abschnitt zu zitieren:

„Mein Dank gilt Herrn Professor Wolfgang Jäger für seine erste Initiative und seine kompetente Begleitung des Aufbaus während seines Prorektorats. Ich danke Herrn Kanzler Siburg für seine tatkräftige Unterstützung bei der Durchsetzung und Strukturierung des Projekts. Herrn Professor Jurt gilt mein besonderer Dank für sein Engagement von Anfang an; so hat er das erste vom Senat verabschiedete Memorandum verfasst. Herrn Professor Brink, dem ersten Sprecher des kommissarischen Vorstandes, danke ich für seinen außerordentlichen Einsatz, unter Opfer eines Freisemesters und für seine hohe planerische Kompetenz. Herr Professor Bullinger war es, der die Satzung des Zentrums entworfen hat und die Herren Professoren Gauger, Sick und Raible, letzterer nun als Vorstand der Frankreichkommission haben dem Vorhaben mit vielen Ratschlägen zum Erfolg verholfen. Im Ministerium für Wissenschaft und Kunst fand das Frankreichzentrum von Anfang an, vor allem durch Herrn Ministerialdirigent Dr. Bläsi und Herrn Ministerialrat Dr. Escher, starke Unterstützung, im Staatsministerium besonders durch Herrn Staatssekretär Fleischer und Herrn Regierungsschuldirektor Hahl.“

Die eigentliche Arbeit konnte nun beginnen. Die Mitgliederversammlung wählte den Vorstand, bestehend aus den Professoren Bullinger, Gauger, Jurt. Der Vorstand wiederum wählte Herrn Gauger zum Vorsitzenden. Ein deutlicher Schritt zur Professionalisierung war die Einstellung der im wissenschaftlichen Management erfahrenen Privatdozentin Juliane Besters-Dilger als Geschäftsführerin und von Isabelle Barbier als Fremdsprachensekretärin. Die wissenschaftliche Qualifikation wurde durch das 1990 beantragte und 1992 bewilligte Graduiertenkolleg unter Beweis gestellt. Nach gewissen Anlaufschwierigkeiten erwies sich der Aufbaustudiengang „Interdisziplinäre Frankreichstudien“ als Erfolg. Deutsch-französische Kolloquien und Netzwerkaktivitäten dienten der Profilierung der neuen Universitätseinrichtung. Das Frankreich-Zentrum gewann an Fahrt. Und doch rutschte es in den Jahren 1993-1995 in eine Krise.

Nach dem Wunsch des Ministerrats 1989 wurde es 1993 durch Gutachter des Landesforschungsbeirates Baden-Württemberg evaluiert. Der Landesforschungsbeirat empfahl, den Empfehlungen der Gutachter-Gruppe folgend, „das Zentrum nicht im bisherigen Umfang weiter zu fördern,“ und in zwei Jahren abermals zu begutachten. Es bestand zunächst sogar Stimmengleichheit zwischen dem Konzept, die weitere Förderung mit Auflagen zu versehen oder gar das Ende des Zentrums 1994 zu verfügen.

Das Ministerium hielt jedoch am Zentrum fest, wollte aber den einschneidenden Auflagen des Landesforschungsbeirats weitgehend folgen. Auch das Ministerium beklagte, dass das Engagement der Mitglieder des Frankreich-Zentrums nachgelassen habe. Die zu Beginn entworfene Zielsetzung sei nicht voll eingelöst worden.

Zwei Jahre später prüfte der Landesrechnungshof das Frankreich-Zentrum und kam in seiner Denkschrift 1995 ebenfalls zu einer kritischen Bewertung. Er bezweifelte, dass „die mit der Gründung des Zentrums und dessen großzügiger finanzieller Ausstattung verknüpften, hohen Erwartungen bislang erfüllt worden sind“. Recht dreist war die Bemerkung, dass die Entscheidung des Ministeriums für eine weitere Förderung wohl „weniger durch wissenschaftspolitische Notwendigkeiten bestimmt gewesen“ seien, „als vielmehr durch die Sorge von negativen Reaktionen der Öffentlichkeit bei Schließung des Zentrums“. Der Rechnungshof plädierte für eine weitere Absenkung der Personal- und Sachkosten des Zentrums. Nach einer erneuten Begutachtung sollte dann über die weitere Zukunft des Zentrums entschieden werden.

Der Landtag diskutierte den Bericht des Rechnungshofs und forderte eine erneute Begutachtung des Frankreich-Zentrums. Das Ministerium beauftragte daraufhin zwei Fachgutachter, die nun eine überaus positive Bewertung vorlegten. Das Staatsministerium (!) berichtete dem Landtag darüber im Schreiben vom 28. April 1997.

Das Frankreich-Zentrum war nun fest etabliert; der Etat wurde zwar etwas gekürzt, die gekürzten Mittel blieben aber der Universität erhalten und wurden in die neugegründete technische Fakultät umgeschichtet.

Das Zentrum entwickelte sich zu einem Aushängeschild der Universität: Unter den Vorstandssprechern Joseph Jurt (1994-2000), Rolf Renner (2000-2010), Thomas Klinkert (2010-2014) und Daniel Jacob (seit 2014) sowie unter den Geschäftsführerinnen, der allzu früh verstorbenen Ursula Erzgräber (1994-2005) und Barbara Schmitz (seit 2005).

Das Netzwerk mit in- und ausländischen Partnern wurde intensiviert. Die Studiengänge sind attraktiv. Leuchttürme sind seit Jahren die am Zentrum stattfindenden wissenschaftlichen Kolloquien und Konferenzen, vor allem die Deutsch-Französischen Kulturgespräche und die Sommeruniversität. Ministerpräsident Erwin Teufel bestätigte 1999 dem Frankreich-Zentrum „einen hervorragenden Ruf im In- und Ausland“ und Bundeskanzler Gerhard Schröder 2002 einen „hohen Rang“ weit über Freiburg hinaus. Das größte Kompliment aber ist der Aufbau von Frankreich-Zentren an anderen Universitäten nach dem Freiburger Modell.

Besondere Höhepunkte in der Geschichte des Frankreich-Zentrums waren die Auftritte von prominenten Persönlichkeiten: darunter Bundespräsident Roman Herzog (1999), der polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski (1999), Bundeskanzler Gerhard Schröder (2002), die Außenminister Klaus Kinkel (1993) und Joschka Fischer (2001), der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble (1997), Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement (2004), Ministerpräsidentin Annegret-Kramp-Karrenbauer (2014), deutsche und französische Botschafter, EU-Kommissare, prominente Journalisten und der große Regisseur Volker Schlöndorff.

Freiburg war bei diesen Auftritten jedes Mal eine sichtbare Tribüne der deutsch-französischen Beziehungen. Das Frankreich-Zentrum erfüllte seine Funktion, in die Öffentlichkeit als Katalysator der deutsch-französischen Partnerschaft zu strahlen. Ich erinnere mich beispielsweise sehr gut an den Auftritt von Joschka Fischer, den ich als Rektor im Audimax begrüßen durfte. Als ich spätabends nach Hause kam und den Fernseher einschaltete, kamen Auszüge aus seiner Rede auf fünf Kanälen und immer mit dem Wappen unserer Universität im Hintergrund.

Die prominenten Persönlichkeiten kamen zumeist auf Einladung des 1992 gegründeten Fördervereins des Frankreich-Zentrums unter seinem Vorsitzenden Klaus Mangold.

Klaus Mangold ist ein großer Förderer der Universität Freiburg. Damals Vorstandsvorsitzender der französischen Rhodia AG in Freiburg wirkte er als einflussreicher Manager, der vor allem zu Ministerpräsident Späth gute Beziehungen pflegte, an der Gründung des Frankreich-Zentrums mit. Ich erinnere mich an ein Frühstück in der Rhodia, an dem auch Staatssekretär Fleischer teilnahm, als strategische Fragen besprochen wurden. Schon 1990 bildete Klaus Mangold einen außeruniversitären Freundeskreis des Frankreich-Zentrums. Im selben Jahr stiftete die Rhodia für das Frankreich-Zentrum einen Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit einem Preisgeld von 10.000 DM jährlich. 1992 wurde dann der Förderverein Frankreich-Zentrum unter dem Vorsitz von Klaus Mangold gegründet. Mangold blieb bis 2009 Vorsitzender. Sein Engagement war unglaublich wertvoll auch in der Krisenzeit des Frankreich-Zentrums. Als Manager einer französischen Firma wusste er am besten, wie wichtig die Zielsetzung des Frankreich-Zentrums in der Praxis war. Sein Rat wurde in Stuttgart sehr ernst genommen. Und die öffentliche Ausstrahlung des Frankreich-Zentrums in den ersten Jahren war wesentlich Klaus Mangold zu verdanken. Auch nachdem er 1991 an die Spitze von Quelle-Schickedanz und 1995 in den Vorstand von Daimler Benz und an die Spitze von Debis gewechselt war, blieb er unserer Universität als Förderer und Mäzen treu. Mir als Rektor war er ein wertvoller Partner – nicht nur im Hinblick auf das Frankreich-Zentrum, sondern in allen strategischen Fragen und als Brücke zur

Wirtschaft. Nicht zu überschätzen sein Engagement im Aufsichtsrat des Klinikums.

Nach dem Rückblick auf die Entstehungsgeschichte möchte ich die Fragen stellen, wie die Gründung des Frankreich-Zentrums sich in die Modernisierung unserer Universität einordnet und welches die Innovationskräfte waren. Dass das Frankreich-Zentrum einen Wandel der Universität bedeutete, signalisierte schon Rektor Rüchardt in seiner Eröffnungsrede.

Er fragte nämlich, ob in der Einrichtung eines Frankreich-Zentrums wirklich eine universitäre Aufgabe zu sehen und ob das „traditionelle universitäre Selbstverständnis in Lehre, Forschung und Bildung mit dieser stark gegenwartsorientierten Institution zu vereinbaren“ sei. Der Rektor sprach die Spannung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie die Vorteile der Interdisziplinarität an und betonte die Perspektive des Frankreich-Zentrums als eines „Center of Excellence“. Er fügte hinzu, dass sich aber auf keinen Fall die Identität der beteiligten Fächer auflösen dürfe.

Die Universität befand sich in einem Umbruch. Das Frankreich Zentrum war davon nur ein Teil. Kurz vor dem Beschluss über das Frankreich-Zentrum hatte der Senat der Universität einen Grundsatzbeschluss über die Gründung eines interdisziplinären Materialforschungszentrums gefasst. Und wichtiger noch: Am 31. Januar 1989 gab Ministerpräsident Späth in einem Gespräch mit Rektor Rüchardt und mir den Startschuss

für die Gründung einer technischen Fakultät auf der Grundlage eines Memorandums der Fraunhofer-Gesellschaft vom November 1988. Auch die technische Fakultät sollte nicht nur das Fächerspektrum erweitern, sondern auch die Interdisziplinarität der Universität intensivieren. Es sollte ein „Ingenieur neuen Typs“ ausgebildet werden, der durch seine geistes- und sozialwissenschaftlichen Bezüge auch über die Folgen technischen Handelns reflektieren sollte. Vielleicht war auch dies das Motiv für Späth, von der Gründung einer eigenständigen Technischen Universität in Freiburg, mit der er zunächst auch geliebäugelt hatte, Abstand zu nehmen.

Die Stärkung der inneruniversitären Verflechtung wurde noch gekrönt durch die gleichzeitig stattfindende Verzahnung der oberrheinischen Universitäten Freiburg, Basel, Mulhouse, Strasbourg und Karlsruhe in der Konföderation Eucor, die offiziell 1989 gegründet wurde. Das Wissenschaftsministerium machte in einer Besprechung vom 21. Oktober 1993 sogar den Vorschlag, eine Stelle im Frankreich-Zentrum auch für Eucor einzurichten.

Welches waren nun die Innovationsmotoren für die Modernisierung der Universität? Ich zähle vier auf:

Der erste Motor ist ein führungsstarkes, zielstrebiges Rektorat und die Universität als handlungsfähige Institution. Die Universität war nach dem Verlust der Philosophie als Königsdisziplin der „Einheit des Wissens“ zu einer Ansammlung „in sich geschlossener

Fachhochschulen“ geworden (so Martin Heidegger 1934), zusammengehalten durch eine gemeinsame Verwaltung.

Als Gesamtinstitution war sie weitgehend handlungsunfähig. So innovationsfreudig die einzelnen Wissenschaften und Wissenschaftler waren, so innovationsfaul war die Institution als Ganzes, und wenn Innovationen stattfanden, dann nur, wenn zusätzliche Ressourcen von außen kamen. Umschichtungen zwischen den Disziplinen fanden nicht statt und das Rektorat war dafür zu schwach. Wenn also das Rektorat Innovationen wollte, bedurfte es der Hilfe von außen.

Der zweite Motor ist eine innovationsfreudige Landesregierung. Dies war unter Ministerpräsident Lothar Späth und unter seinem Nachfolger Erwin Teufel gegeben. Das gesamte Modernisierungspaket der Universität Freiburg – das Materialforschungszentrum, das Frankreich-Zentrum und die neue technische Fakultät – wurde von der Landesregierung, sprich: dem Ministerpräsidenten, mit voller Überzeugung tatkräftig unterstützt und vorangetrieben. Am deutlichsten war dies beim ersten Projekt, dem Zentrum für Materialforschung. Hier ging die Anregung sogar vom Bund schon 1985 aus. 1987 empfahl auch die DFG die Einrichtung von Materialforschungszentren. Das Land nahm die Anregung auf. In einer kontroversen Senatssitzung der Universität Freiburg am 16. Dezember 1987, also ein Monat vor der Sitzung, die über das Frankreich-Zentrum entschied, ging es vor allem um die Kostenneutralität, aber auch um die

Zurückhaltung unserer Physik gegenüber den außeruniversitären Fraunhofer-Instituten und um Fragen der Grundlagenforschung.

Der Rektor sah in der Gründung des Zentrums für Materialforschung eine „Pilotfunktion für Freiburg“, hielt aber defensiv fest, dass das Projekt „keine Initiative des Rektorats sei. Es fördere aber alle Ansätze, die geeignet seien, Freiburg aus dem politischen Schatten zu bringen“.

Die Landesregierung hielt an den Projekten fest, auch als ab 1993 (bis 2007) angesichts der Haushaltsprobleme vieles abgespeckt wurde. Und auch, nachdem Erwin Teufel 1991 Lothar Späth abgelöst hatte. Dies war umso bemerkenswerter, als die naturwissenschaftlich-technischen Projekte natürlich um vieles teurer waren als das „billige“ Frankreich-Zentrum. Im Übrigen wurde schon in der Kabinettsvorlage für die Einrichtung des Materialforschungszentrums vom 8. Mai 1989 dieses als „eine Voraussetzung für den Ausbau der Angewandten Wissenschaften in Freiburg“ dargestellt.

Der dritte Antriebsmotor für die Modernisierung der Universität waren außeruniversitäre Wissenschaftsorganisationen und –Institutionen. Ich zeigte dies schon bei der Gründung des Materialforschungszentrums und des Frankreich-Zentrums. Natürlich setzte dies die Sensibilität der Universität für derartige Anregungen oder gar Kooperationen voraus. Ganz besonders galt dies für die neue Fakultät. Vorschläge dazu hatte die Universität lange zurückgewiesen.

Ein Memorandum der Fraunhofer-Gesellschaft, unterstützt vom Wirtschaftsverband industrieller Unternehmen Badens (WVIB) sowie von der Industrie-Handelskammer Südlicher Oberrhein, vom November 1988 zur Stärkung der Wirtschafts-Infrastruktur Südbadens forderte die Gründung einer Technischen Fakultät an der Universität Freiburg. Schwerpunkt sollte Elektrotechnik und Maschinenbau sein. Das Rektorat nahm die Anregung auf, sah aber in Informatik, Mikrosystemtechnik und Materialwissenschaften die zukunftsorientierten Disziplinen.

Der vierte Innovationsmotor war die Wirtschaft, mehr als in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurde. Sie beeinflusste die Politik und überzeugte sie, dass die Universität Freiburg für die Entwicklung der Region eine wichtige Rolle spielen konnte, wenn sie den Elfenbeinturm verließ. Der Rhodia-Chef Mangold, der sich nicht nur für das Frankreich-Zentrum einsetzte, bot der Landesregierung sogar an, auf dem Werksgelände der Rhodia eine Fläche von ca. 2000 qm für die Dauer von zunächst fünf Jahren unentgeltlich für das Materialforschungszentrum zu Verfügung zu stellen. An der Spitze der die Entscheidung für die technische Fakultät vorbereitenden Expertenkommission stand der Siemens-Forschungsvorstand Prof. Hans Danielmeyer.

Alle Kräfte der Wirtschaft zogen an einem Strang. Ich erinnere an den Stiftungslehrstuhl für die neue Fakultät und die gemeinsamen Mittagessen, die der damalige Präsident der IHK Hermann Frese und ich als Rektor zur Einwerbung von Mittel für den Lehrstuhl veranstalteten. Wichtige Persönlichkeiten aus der regionalen Wirtschaft waren der Stahl-Industrielle Horst Weizmann, der Sick-Vorstandsvorsitzende Volker Reiche und der deutsch-schweizerische Unternehmer Georg Endress, der Unternehmer Erich Becker sowie die Präsidenten der IHK und des WVIB.

Befürchtungen mancher Universitätsangehöriger, dass sich die Wirtschaft in die Personal- und Forschungspolitik der Universität einmischen könnte, waren grundlos.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Frankreich-Zentrum steht am Beginn einer strategischen Neuentwicklung der Universität, zu der die aufgezeigten Innovationsmotoren gemeinsam beigetragen haben. Es war der Abschied vom Elfenbeinturm und die Besinnung vieler Disziplinen auf ihre gemeinsamen Interessen. Als wir uns 2007 um den Titel der Exzellenz bewarben, zählte die Universität 19 Zentren.

Dies bedeutete eine innere Vernetzung und Verdichtung, die die Universität als Institution stärkte und ihre Handlungsfähigkeit vergrößerte; dies wurde gefördert durch die stetige Stärkung der Universitätsleitung im Zuge der Landeshochschulgesetzgebung. Wir alle wissen, dass da, wo die Disziplinen sich berühren, die wissenschaftliche Kreativität besonders blüht.

Die Expertenkommission der Exzellenzinitiative würdigte die Zentrenbildung der Universität Freiburg 2007 ausdrücklich als „erfolgreich“. Sie war Teil unseres Konzepts der „neuen universitas“. Ein anderer Teil war das Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS), das wir auf Anregung eines Gutachtens des Wissenschaftsrates von 2006 vorschlugen. Es sollte ebenfalls die Expertise renommierter ausländischer Wissenschaftler als Strategiemotor für die Gesamtuniversität nutzen.

Den beiden Zentren Frankreich- und Materialforschung kam also – wie es der Rektor damals betonte – in der Tat eine Pilotfunktion zu, ohne dass man damals den zukünftigen Exzellenz-Wettbewerb voraussehen konnte.

Das Frankreich-Zentrum hatte jedoch noch eine zusätzliche Aufgabe. Es sollte ein Leuchtturm nicht nur der interkulturellen Kompetenz sein, sondern auch der deutsch-französischen Beziehungen in einem ganz praktischen Sinne.

Es ist ein Markstein auf dem Wege der Internationalisierung und der Europäisierung unserer Universität – über Eucor hinaus.

Und eine letzte mir wichtige Bemerkung: Modernisierung einer klassischen Universität wie Freiburg muss zugleich heißen, auch das Bewusstsein für die Geschichte der Universität zu pflegen. Nur so kann ihre Identität gestärkt werden. Die Verbindung von Modernisierung und Tradition kam in der Gleichzeitigkeit des Exzellenz-Gewinns und der 550-Jahrfeier im Jahr 2007 zum Ausdruck. Die Gründung des Uniseums und das unserer Universität gewidmete moderne Oratorium mit dem klassischen Thema „Quid est Deus?“ des großen Komponisten Wolfgang Rihm, aber auch das Mahnmal für die Verfolgten der NS-Tyrannie sind Symbole einer modernen Universität, die sich ihres historischen Auftrags und ihrer historischen Verantwortung bewusst ist.